



Antrag Nr. 1

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Förderwesen in Wien vereinfachen und zugänglich gestalten

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden beauftragt folgendes umzusetzen:

Zentrale Anlaufstelle und digitale Plattform:

Einrichtung einer zentralen Plattform, die alle Förderprogramme von Institutionen wie der Arbeiterkammer, dem WAFF und der Stadt Wien übersichtlich zusammenfasst. Die Plattform soll eine benutzerfreundliche Web-Eingabemaske und einen KI-gestützten Chatbot enthalten, um Arbeitnehmer:innen gezielt passende Förderprogramme vorzuschlagen und deren Beantragung direkt zu ermöglichen.

Bessere Abstimmung zwischen Förderinstitutionen:

Einführung eines regelmäßigen Austauschs zwischen Förderstellen, um Überschneidungen zu vermeiden, die Förderangebote zu harmonisieren und transparente Bedingungen für die Nutzung der Programme zu schaffen.

Begründung:

Die aktuelle Förderlandschaft in Wien ist durch eine Vielzahl von teils überschneidenden Angeboten geprägt, die für viele Arbeitnehmer:innen schwer durchschaubar sind. Förderungen wie der AK-Bildungsgutschein bleiben mangels Kenntnis so oft ungenutzt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen schaffen Klarheit und vereinfachen den Zugang zu Fördermitteln, stärken die soziale Teilhabe und gewährleisten, dass Förderungen effizienter eingesetzt werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------



Antrag Nr. 2

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Rahmen für Bitcoin als strategische Reserve schaffen

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die österreichische Nationalbank (OeNB) soll die rechtliche Möglichkeit erhalten, Bitcoin nach sorgfältiger wirtschaftlicher und finanzpolitischer Abwägung als Teil ihrer Währungsreserven zu halten. Hierfür ist eine Anpassung des Nationalbankgesetzes erforderlich, um digitale Assets als potenzielle Reservewerte zu berücksichtigen, ohne eine Verpflichtung zur Aufnahme von Bitcoin festzulegen. Entscheidungen über die Integration von Bitcoin in die Reserven sollen ausschließlich auf Basis unabhängiger wirtschaftlicher Analysen getroffen werden. Ein wissenschaftlich begleitetes Expertengremium soll regelmäßig die finanziellen und geldpolitischen Auswirkungen sowie die Risiken einer solchen Maßnahme evaluieren. Gleichzeitig sind klare Berichtspflichten zu definieren, um Transparenz und die politische Unabhängigkeit der OeNB in Fragen der Reservepolitik sicherzustellen.

Begründung:

Österreichs Arbeitnehmer:innen sehen sich mit hoher Inflation, stagnierender Wirtschaft und sinkender Kaufkraft konfrontiert. Inflation wirkt wie ein schleichender Raub an der Kaufkraft der Menschen – Ersparnisse verlieren an Wert, während das tägliche Leben teurer wird. Die langfristige Sicherung von Löhnen und Ersparnissen ist daher eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe.

Digitale Assets wie **Bitcoin gewinnen international als langfristig werthaltige Reserveinstrumente an Bedeutung**. Führende Volkswirtschaften haben sich bereits aktiv mit der Rolle von Bitcoin als strategisches Reserveinstrument auseinandergesetzt bzw. verfügen in einigen Fällen sogar über eine entsprechende Reserve.

Ein **rechtlich klar definierter Rahmen** ermöglicht es der OeNB, sich in einem kontrollierten, wissenschaftlich begleiteten Prozess mit dieser Assetklasse auseinanderzusetzen – ohne politische Einflussnahme, ohne Zwang, aber mit Blick auf künftige Entwicklungen. Eine gesetzliche Öffnung stärkt die Handlungssouveränität der OeNB und bewahrt Österreich davor, technologischen Entwicklungen hinterherzulaufen.

Österreich kann so eine **zukunftsorientierte, unabhängige und krisenfeste Reservepolitik** aufbauen – zum Schutz der Kaufkraft, zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts und als Signal an innovationsgetriebene Unternehmen, welche heute schon viele Arbeitsplätze bereitstellen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich



Antrag Nr. 3

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Integration fair und nachhaltig gestalten

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

- 1. Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt fördern:** Um das Budget zu entlasten, wird die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Personen durch gezielte Maßnahmen wie Sprachkurse, Kompetenzchecks und Weiterbildungsprogramme intensiviert. Insbesondere Frauen, die derzeit unterrepräsentiert sind, sollen durch maßgeschneiderte Angebote stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden, um die Dauer der Unterstützungszahlungen zu verringern.
- 2. Förderfonds für Qualifizierungsmaßnahmen:** Einrichtung eines speziellen Qualifizierungsfonds, bzw. durch Bündelung vorhandener Fördermittel für Arbeitnehmer:innen mit kurzen Beitragszeiten und für Geflüchtete. Dieser Fonds soll den schnellen Erwerb von marktrelevanten Fähigkeiten ermöglichen und den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Ziel ist es, die Dauer der Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die finanzielle Eigenständigkeit zu stärken.

Begründung:

Die gezielte Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Personen führt zu einer spürbaren Entlastung des Budgets, wie Daten des AMS zeigen. Dieses Konzept verbindet Fairness, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung und stärkt die finanzielle Stabilität des österreichischen Arbeitslosensystems.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------



Antrag Nr. 4

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Bessere Präsenz des AK Bildungsgutscheins & Digi-Bonus

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Der AK Bildungsgutschein und Digi-Bonus werden künftig automatisch an alle förderberechtigten Arbeitnehmer:innen zugestellt. Des Weiteren ist sicherzustellen die Bekanntheit und Bewerbung zu verbessern.

Begründung:

Der AK Bildungsgutschein und Digi-Bonus sind wertvolle Instrumente zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und digitalen Kompetenzen von Arbeitnehmer:innen. Dennoch sind viele Arbeitnehmer:innen nicht ausreichend über diese Angebote informiert, was zu einer unzureichenden Nutzung führt.

Eine automatische Zustellung stellt sicher, dass alle förderberechtigten Personen diese Unterstützung erhalten, ohne selbst danach suchen zu müssen. Dies fördert die Chancengerechtigkeit und erleichtert den Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten, die sowohl den Arbeitnehmer:innen als auch den Unternehmen langfristig zugutekommen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------



Antrag Nr. 5

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Open-Source-Gestaltung und API-Bereitstellung des Bruttonettorechners der Arbeiterkammer

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Arbeiterkammer soll den Bruttonettorechner in Form einer Open-Source-Lösung bereitstellen und zusätzlich offene Schnittstellen (APIs) entwickeln, die eine Integration in externe Anwendungen ermöglichen. Damit soll ein Zeichen für Transparenz und digitale Innovation gesetzt werden. Es gelten folgende Rahmenbedingungen:

- **Der Quellcode wird öffentlich zugänglich gemacht und unter einer geeigneten Open-Source-Lizenz veröffentlicht.**
- **Die APIs sollen eine einfache Integration des Bruttonettorechners in externe Programme und Anwendungen erlauben.**
- **Es werden transparente Informationspflichten und Dokumentationen bereitgestellt, um eine breite Nutzbarkeit sicherzustellen.**

Begründung:

Der Bruttonettorechner ist ein wesentliches Werkzeug für Arbeitnehmer:innen, um ihren finanziellen Spielraum zu berechnen und fundierte Entscheidungen zu treffen. Mit einer Open-Source-Gestaltung und der Bereitstellung von APIs könnte dieses Tool von Entwickler:innen und Organisationen weiterentwickelt und direkt in ihre Anwendungen integriert werden. Dies würde die Reichweite und die Nutzbarkeit des Rechners erheblich steigern, die digitale Transformation fördern und gleichzeitig ein starkes Zeichen für Transparenz setzen.

Mit dieser Maßnahme würde die Arbeiterkammer ein klares Bekenntnis zur Unterstützung von Innovation und Eigenverantwortung abgeben und gleichzeitig die Attraktivität ihres Serviceangebots erhöhen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------



Antrag Nr. 6

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Elternteilzeit durch Senkung der Betriebsgrößengrenze

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzliche Grundlage dahingehend zu ändern, dass der Rechtsanspruch auf Elternteilzeit nicht nur in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmer:innen besteht, sondern bereits in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitnehmer:innen. Dies soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für eine größere Anzahl von Arbeitnehmer:innen verbessern.

Begründung:

Aktuell haben Arbeitnehmer:innen gemäß § 15h Mutterschutzgesetz (MSchG) bzw. § 8 Väter-Karenzgesetz (VKG) in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf Elternteilzeit, sofern das Arbeitsverhältnis ununterbrochen drei Jahre gedauert hat. In kleineren Betrieben besteht dieser Anspruch nicht, was insbesondere in Österreich, wo viele Arbeitnehmer:innen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) tätig sind, zu Benachteiligungen führt.

Durch die Senkung der Betriebsgrößengrenze auf mehr als 10 Arbeitnehmer:innen wird der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert. Dies stärkt die Chancengleichheit und ermöglicht es mehr Eltern, ihre Arbeitszeit flexibel an die Bedürfnisse ihrer Familie anzupassen, ohne auf das Wohlwollen des Arbeitgebers angewiesen zu sein.

Gleichzeitig bleibt die Grenze von mehr als 10 Arbeitnehmer:innen bestehen, um die besonderen Herausforderungen kleiner Betriebe zu berücksichtigen und eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen der Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen zu gewährleisten.

Diese Maßnahme fördert die Gleichstellung am Arbeitsplatz, unterstützt die Work-Life-Balance von Eltern und trägt zur Attraktivität des österreichischen Arbeitsmarktes bei

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich